Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 2

Vorwort: Eine Ermutigung ; Wollen und können

Autor: Sager, Peter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER KLARE BLICK

A. Z. Bern 1

für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Gegen letztes Privatbauerntum (3)
Rätselhafte Heiligen-Auferstehung (4)
Schweizer Exportlyrik (5)

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG, Postfach 1178, Bern-Transit
Redaktion: Dr. Peter Sager, Erwin Trenkwalder, Christian Brügger
Verwaltung: Oswald Schürch
Postcheck: III 24616, Telephon: 2 77 69, Druck: Verbandsdruckerei AG Bern
Jahresabonnement Fr. 20.— Halbjahr Fr. 11.— Vierteljahr Fr. 6.— **50 Rp.**

2. Jahrgang, Nummer 2 **Bern, 18. Januar 1961** *Erscheint wöchentlich*

Unsere Meinung

Eine Ermutigung

Der «Beobachter» hatte uns am 30. November scharf angegriffen und uns einen «schiefen Blick» vorgeworfen, weil wir in unserer Wochenzeitung gegen, und im Wirtschaftsdienst für den Osthandel Stellung nähmen. Von all den Hoffnungen um das Ost-Institut schrieb damals der «Beobachter», sei nur noch ein Scherbenhaufen übriggeblieben.

Der Angriff war ungerecht und schwerwiegend. Zwar verloren wir nicht mehr als eine Handvoll bisheriger Abonnenten; alle, die uns kennen und unsere Arbeit verfolgen, liessen sich von diesem Angriff nicht beirren. Aber die Zunahme der Abonnentenzahl stockte erschreckend und verursacht uns Schwierigkeiten.

In Nr. 45 unserer Zeitung beantworteten wir den Angriff sachlich und unpolemisch. Denn wir wollten keine Auseinandersetzung mit einer Zeitung, die auf ihre Art am gleichen Stricke zieht wie wir. Und der «Beobachter» sagte uns eine neue Stellungnahme zu. Sie ist soeben veröffentlicht worden.

Wir haben Verständnis dafür, dass der «Beobachter» sich nicht gerne selber widerspricht. Wir erwarteten, dass er den Prestigestandpunkt wahren würde. Das ist nun geschehen und wir erachten den Zwischenfall damit als erledigt.

In seiner neuen Stellungnahme geht der «Beobachter» sogar soweit, Steuergelder für unser Institut zu fordern. Das ist ungewöhnlich. Der «Beobachter» überwacht mit Argusaugen die öffentliche Hand, er erhebt seine Stimme gegen Missstände und Unrecht. Wenn er staatliche Unterstützung für eine Institution fordert, dann muss diese Institution in Ordnung sein. Die von uns herausgegebene Dokumentation über die Entwicklungen hinter dem Eisernen Vorhang, schreibt der «Beobachter», «ist eine staatspolitische Notwendigkeit, und es wäre beschämend, wenn Bund, Kantone und Gemeinden das Geld dafür nicht aufzubringen vermöchten». Diese neue Stellungnahme des «Beobachters» bedeutet für uns eine grosse Ermutigung.

Wir hätten es allerdings begrüsst, wenn nicht nur der Staat, sondern vor allem der einzelne Bürger aufgerufen worden wäre. In der schweren Auseinandersetzung um die Erhaltung der Freiheit genügt der Einsatz von Staatsmitteln allein keineswegs. Wenn wir nicht in Knechtschaft geraten wollen, muss jeder einzelne sich am Kampfe beteiligen. Es ist kein militärischer, sondern ein geistiger Krieg, in dem wir stehen. Der Karabiner im Hause des Wehrmanns genügt deshalb nicht mehr. Der Staatsbürger muss eine Haltung einnehmen, die ihn zu einem weiteren Opfer an Zeit und Geld führt. Der Einsatz im Wiederholungskurs und die Aufwendungen für die Armee müssen — das ist ebenfalls eine Existenzfrage — ergänzt werden durch einen Einsatz für die Demokratie und private Aufwendungen zu deren geistiger Verteidigung.

Wenn die Völker der freien Welt von dieser Notwendigkeit nicht überzeugt werden können, dann werden wir den Kampf gegen den Totalitarismus verlieren. Deshalb darf unser Aufruf sich nicht nur an den Staat, er muss sich vielmehr an jeden Staatsbürger, an jeden denkenden Menschen richten. Am wirksamsten kann unser Institut durch ein Abonnement auf unsere Wochenzeitung unterstützt werden.

Wir ersuchen um Unterstützung, weil sie Voraussetzung ist für die Weiterführung unserer Arbeit, die sich durchaus nicht in der Herausgabe dieser Wochenzeitung erschöpft. Wir verlangen auch, dass jeder ein Mehreres zur Verteidigung der Freiheit tue. Aber wir erheben keinen Anspruch auf ein Monopol. Es gibt — glücklicherweise — andere Organisationen, die auf ähnlichen Wegen das gleiche Ziel anstreben. Wir nennen zum Beispiel den Schweizerischen Aufklärungsdienst, die Aktion freier Staatsbürger, die Aktion Niemals Vergessen, die Vereinigung Pro Liberta, das Schweizerische Hilfswerk für aussereuropäischen Gebiete. Alle diese Organisationen müssen unterstützt werden. Der Unterstützung würdig sind viele, wichtig ist aber vor allem, dass alle Männer und Frauen der freien Welt rechtzeitig die Notwendigkeit eines eigenen Opfers erkennen.

In der Frage der Selbstbestimmung der Nationen ... interessiert uns vor allem und über alles die Selbstbestimmung des Proletariats ...
Lenin, Bd. 17, S. 388.

Unser Kommentar

Wollen und können

Das algerische Problem hat eine vorläufige Lösung gefunden und wird deshalb vorübergehend aus den Schlagzeilen abgesetzt. Dadurch lässt sich eine gewisse Distanz gewinnen, aus der das Grundsätzliche besser betrachtet werden kann.

Der Aufstand vom 14. Mai 1958 brachte General de Gaulle an die Macht. Zweifel mochten anfänglich gegenüber seinem Regime gerechtfertigt sein. Heute darf man aber feststellen, dass er mit grossem Einsatz Freiheit und Gerechtigkeit angestrebt hat. Das Referendum vom 28. September 1958 brachte mit der Verfassung der Fünften Republik auch die Grundlage einer wirksamen und sinnvollen Entmündigung der Kolonien.

Die Freiheit der Völker steht nur dann fest, wenn ihre Freiheit selber aus Einsicht vermag, was der Terror erzwingt: das grosse Opfer an materiellem Gut, an Lebensstandard und nichtigem Vergnügen; wenn die Staatsmänner unter viel verwickelteren Bedingungen vermögen, was Themistokles vermochte: die Völker selber zu überzeugen.
Karl Jaspers

Einzig Algerien stellt eine schier unüberwindliche Schwierigkeit dar. Von Belang ist der Umstand, dass dort einer Million alteingesessener weisser Siedler, deren Heimat seit Generationen Algerien ist, eine Mehrheit von etwa 9 Millionen eingeborener Muselmanen gegenübersteht. Aus politischen Gründen — die eingeborene Bevölkerung will Unabhängigkeit und Selbstverwaltung — können die beiden Rassen nicht mehr im Frieden leben. Erschwerend wirkt sich aus, dass einerseits Frankreich bedeutende Wirtschaftsinteressen (Saharaöl) hat, dass andererseits ein Teil der Bevölkerung der Metropole Algerien symbolhaft als französisches Gebiet betrachtet. Der vom FLN geführte Kampf um die Unabhängigkeit währt seit sieben Jahren und hat ein unerhörtes Blutvergiessen verursacht.

Präsident de Gaulle hat von Anfang an eine «solution française» für Algerien befürwortet. Der Begriff blieb lange unklar; heute zeigt es sich, dass der Präsident die «solution française» auf der Grundlage von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit versteht. Trotzdem ist diese Lösung nur sehr schwer zu verwirklichen. Weder dürfen die weissen Siedler bedingungslos der eingeborenen Selbstverwaltung überantwortet werden, noch kann das FLN auf die Forderung nach bedingungsloser Selbstverwaltung verzichten.

Die Lösung kann letztlich nur aus einer Machtposition heraus diktiert werden. Dabei muss das Diktat weise und umsichtig sein, wenn es Bestand haben soll. Aber es wird nicht zu vermeiden sein, dass eine überragende Machtposition für de Gaulle eine Voraussetzung ist, um das Algerienproblem zu lösen. Ein demokratischer Entscheid ist nicht mehr möglich. In solchen Fällen sind der Demokratie Grenzen gesetzt. Es ist besser, diese Grenzen zu erkennen, denn aus einer falschen Einschätzung der demokratischen Möglichkeiten das Wesen der Demokratie selbst zu gefährden.

Peter Sager.